

Antragstellerin: Jusos Pankow

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen
Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen

SPD neustrukturieren

Die SPD sollte die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln, auch in den Ämtern und Mandaten. Leider kommt es zu häufig zu einem Flaschenhals in der Partei. Dieselben Personen verbleiben über Jahre auf ihren Posten. Das verhindert einerseits die Nachwuchsgewinnung und erschwert es andererseits Menschen, welche von außerhalb des politischen Betriebes und sozialdemokratischer Umfeldorganisationen kommen, ihre Erfahrungen einzubringen. Der Dreiklang aus konstanter Erneuerung der Partei, um nah bei den Menschen zu sein, festen Grundwerten und Aufbau von fähigen Politiker*innen muss das Ziel der Partei sein.

Ein weiteres Problem ist die Häufung von öffentlichen Ämtern und Mandaten. Wenn dieselben Personen ein Mandat in der Legislativen und eine Position in der Exekutiven bekleiden, kann es zu Interessenkonflikten kommen, da beispielsweise ein*e Abgeordnete*r ein freies Mandat ausübt und ein*e Senator*in weisungsgebunden ist. Zumal die Zeit, die benötigt wird, um ein solches Exekutivamt auszuüben, es in der Regel unmöglich macht die Aufgaben eines*r Parlamentarier*in vollumfänglich auszuführen. Das gleiche gilt für Funktionen innerhalb der Partei. Die Expertise der Mitglieder der Exekutive ist aber wichtig, somit sollten sie nur in beratender Funktion mitarbeiten können.

Deshalb fordern wir als Selbstverpflichtung in der SPD:

Trennung von öffentlichem Amt, Mandat und Parteivorstandsfunktionen

- die Einführung der Trennung von öffentlichem Amt, Mandat und Parteivorstandsfunktionen
- Unvereinbarkeit von Abteilungsvorsitz mit Mandat/Amt, andere Abteilungsvorstandsfunktionen müssen möglich bleiben
- Trennung von Spitzenämtern und Mandaten (z.B. Senator*innen sollen keine MdAs, Minister*innen keine MdBs sein), beginnend ab den nächsten Wahlen
- Trennung von Mandat/Amt und Landesgeschäftsführung der SPD
- die Expertise der Mandatsträger*innen ist wichtig, daher können sie als beratende Mitglieder in die Vorstände gewählt werden

Die Begrenzung der Amtszeiten

- Begrenzung der Amtszeiten bei Spitzenämtern (Stadträt*in und Bezirksbürgermeister*in, Senator*in/Minister*in und Regierende*r Bürgermeister*in/Ministerpräsident) auf drei Legislaturperioden auf der gleichen Ebene (Kommunal/Land/Bund). Die Zählung beginnt mit der laufenden Legislaturperiode
- Begrenzung der Amtszeiten von BVOs, MdAs/ MdLs, MdBs, MdEPs auf drei Legislaturperioden auf der gleichen Ebene. Die Zählung beginnt mit der laufenden Legislaturperiode
- kein Senioritätsprinzip (Amtsinhaber werden bevorzugt) bei der Listenaufstellung

Die bessere Einbindung der Partei

- die Einführung eines verpflichtenden, öffentlichen Rechenschaftsberichtes eines*einer Abgeordneten
- dem Rechenschaftsbericht muss immer eine Tabelle über das Abstimmungsverhalten beiliegen, von Parteibeschlüssen abweichendes Abstimmungsverhalten ist besonders zu kennzeichnen und zu erläutern.
- die Arbeitsgemeinschaften sowie die thematischen Kommissionen der Partei sind von den Fraktionen – bei Themen, die ihr jeweiliges Politikfeld betreffen – rechtzeitig und umfassend zu informieren und einzubeziehen
- der*die jeweils zuständige Sprecher*in der Fraktion legt mindestens zwei Mal pro Jahr der jeweiligen Arbeitsgemeinschaft und/oder der Kommission Rechenschaft über die Arbeit im jeweiligen Politikfeld ab, um diese gemeinsam zu diskutieren.